Sonnabend, 9. Oktober 1926 · 74. Jahrgang Nr. 477

Heute: Jede Woche Musik

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 70 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2.15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Kürzung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig, für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 5440 bis 5447. Für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4208. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 224. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Mortzstraße, Kolpingstraße 67–68, Wiener Straße 1–6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochstraße 6, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Straße 79, Fennstr. 1, Müllerstraße 135, Badstraße 41, Königstraße 56–57, Rosenthaler Straße 48, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 83, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Bülowstr. 66, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 9, Kantstr. 34, Scharnhorstr. 30, Nürnberger Str. 25–26, Kaiser-Allee 26, Friedenau: Rheinstr. 12, Halensee-Grunewald: Konstanzerplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341, Lichterfelde-West: Curiestr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 65–66, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 55–56, Martin-Luther-Str. 9, Reinickendorf: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7, Weißensee: Berliner Str. 136, Wilmersdorf: Uhlandstr. 58, Kaiserplatz 12; Brandenburg: Hauptstr. 4; Dresden: Schweidnitzer Str. 31–32, Cöpenick: Schlossstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburgerstr. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „U.K."

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wer wird Seeckts Nachfolger?

Heute noch keine Entscheidung — Die Kandidaten

Die Ernennung eines Nachfolgers für den zurückgetretenen Chef der Obersten Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, soll, wie uns berichtet wird, nicht überstürzt werden. Die Annahme, daß die Entscheidung noch im Laufe des heutigen Sonnabends fallen müßte, weil Reichskanzler Dr. Marx heute abend die Reichshauptstadt wieder verlassen will, ist jedenfalls irrig.

Die Ernennung des Chefs der Obersten Heeresleitung ist Sache des Reichspräsidenten, die Gegenzeichnung des Ernennungsdekrets würde aber in diesem Falle nicht der Reichskanzler, sondern Reichswehrminister Dr. Geßler übernehmen, der mit dem Chef der Heeresleitung zusammen arbeiten muß. Der Reichswehrminister muß, wenn er sich mit dem Reichspräsidenten über eine bestimmte Persönlichkeit geeinigt hat, zunächst deren Einwilligung zur Uebernahme des Amtes einholen und sich dann mit dem neuen Chef der Heeresleitung über das von beiden gemeinsam zu verfolgende Programm verständigen, ehe die endgültige Ernennung erfolgt.

Als mutmaßliche Nachfolger des Generals v. Seeckt werden verschiedene Persönlichkeiten genannt. An erster Stelle steht nach der Ansicht eingeweihter Kreise Generalleutnant Heye, der Kommandeur der in Königsberg stehenden Reichswehrdivision. General Heye war Mitglied der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und hat in den Tagen des Zusammenbruchs jene denkwürdige Kommandeurversammlung einberufen, welche dem damaligen Kaiser seinen Rücktritt nahelegte. Später war er im Reichswehrministerium, und zwar in dem wichtigen Posten des Chefs des Truppen- und Personalamtes, tätig. In der Zeit des Kapp-Putsches, als General Reinhard, der jetzige Berliner Gruppenkommandeur, als Chef der Reichswehr mit der Reichsregierung nach Stuttgart übergesiedelt war, und General v. Seeckt nicht im Amt erscheinen konnte, hat General Heye das Reichswehrministerium in Berlin geleitet. Er soll es auch gewesen sein, der General v. Lüttwitz zur Abdankung veranlaßt hat. **In seiner jetzigen Königsberger Stellung hat General Heye allzuviel in rechtsgerichteten Kreisen verkehrt.** Ihm wird, was gerade in der gegenwärtigen Situation gegen ihn spricht, insbesondere nachgesagt, daß er gegenüber seinen Untergebenen die oft erforderliche feste Hand vermissen läßt. Man erinnert sich an den Vorfall in Allenstein, bei dem eine schwarzrotgoldene Fahne von einem Reichswehrsoldaten niedergerissen wurde, ohne daß man von einer Bestrafung oder Genugtuung etwas gehört hat.

Außer General Heye dürfte auch der Berliner Gruppenkommandeur General Reinhard ernsthaft als Nachfolger Seeckts in Frage kommen.

Als Kandidat genannt wird schließlich auch noch General Hasse. Hier kann es sich, wie wir hören, nur um den Berliner Divisionskommandeur, nicht aber um den gleichnamigen Kommandeur der Stuttgarter Division handeln, der gleichfalls längere Zeit im Reichswehrministerium beschäftigt gewesen ist.

Berlins neuer Polizeipräsident

Vor Zörgiebels Ernennung

Es kann nunmehr, wie wir hören, als sicher angenommen werden, daß in der heutigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums der Kölner Polizeipräsident Zörgiebel an Stelle von Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt wird. Als Nachfolger Zörgiebels in Köln ist der Ministerialrat Bauknecht vom preußischen Ministerium des Innern in Aussicht genommen. Auch die Ernennung Bauknechts zum Kölner Polizeipräsidenten wird voraussichtlich heute erfolgen.

Hugo Preuß

Sein Jahrestodestag

Heute jährt sich zum ersten Male der Todestag von Hugo Preuß. Der Vater der Weimarer Verfassung durfte schon vor einem Jahre, an der Schwelle des jähen Todes, feststellen, wie unser Volk mehr und mehr in sein Werk hineinwuchs. Der innere Gesundungsprozeß hat in dem einen Jahre weitere Fortschritte gemacht. Um so leuchtender tritt uns die Gestalt vor unser geistiges Auge, je ferner der Erdensohn Preuß uns geworden ist. Zu seinem Todestag hat Theodor Heuß aus seinen Artikeln eine gute Auswahl getroffen, die unter dem Titel „Staat, Recht und Freiheit" bei J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen erschienen ist. Theodor Heuß würdigt in einem einleitenden Artikel das Werk und den Mann (die Gattin des Toten schickt dem Buche ein kurzes persönliches Vorwort voraus), und am Schlusse der Heußschen Würdigung heißt es:

„dies bleibt eine Leistung vor der Geschichte, hinter der Einzelkritik, hinter der das Herausfinden von Unebenheiten und Schwierigkeiten in der Weimarer Verfassung völlig zurücktritt. Nicht darauf kommt es an, ob Staatsrechtslehrer nachträglich mit den Paragraphen völlig zufrieden sind oder „wissenschaftliche" „Pamphletisten sich die Finger wundschrieben, es kam im Jahr 1919 darauf an, daß zwischen den Stürmen der Gasse, zwischen Waffenstillstand und Friedensdiktat der staatliche Wille nicht erlahme. Jetzt mußte nicht bloß Staatsrecht entworfen und Staatstheorie diskutiert werden — es galt, Politik zu machen, die Kräfte zu ordnen, die Zögernden zu drängen, die Zweifelnden zu überzeugen, der Anpeitscher zu bleiben, daß die Arbeit nicht von dem wilden Gang des Jahres verschlungen werde. Die Erinnerungen von 1848 mochten eine Mahnung bleiben. Und die Aufgabe gelang. Es konnte Preuß dann schließlich gleichgültig sein, ob Publizisten des Tages, die sich nie die Mühe gemacht hatten, mit seinem der deutschen Rechtsgeschichte gewidmeten wissenschaftlichen Lebenswerk sich zu beschäftigen, hinterher nachwiesen, daß seine Verfassungsanlage „undeutsch" sei, nach „fremden Mustern" gearbeitet. Das ist Literatensport. Er aber durfte sich sagen, daß er in der schwersten Zeit seines Vaterlandes geholfen hat, die Einheit des Reiches zu retten und die Grundmauern in den Volksboden zu legen, auf denen ein neues Geschlecht weiterbauen würde."

Diese geschichtliche Leistung von Hugo Preuß wird sein Gedächtnis für alle Zeiten im deutschen Volke wach erhalten. Darum gedenken wir heute dankbar dieses Großen der deutschen Republik.

Der Hohenzollern-Vergleich im Rundfunk. Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr 20 Minuten, wird im Rahmen des Programms der Funkstunde in Berlin der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff einen Vortrag über den Vergleich mit den Hohenzollern halten.

Die Volkspartei hat Appetit

auf die große Koalition

Der Vorstand der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen, die wohl als Abschluß der politischen Aussprache angesehen werden dürfte, die seit einigen Tagen die Fraktion beschäftigt hatte. Abgeordneter Dr. v. Campe äußerte sich zu der Frage über die Erweiterung der Regierung im Sinne der Bildung der großen Koalition und kam zu dem Schluß, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor zu Verhandlungen bereit ist. Der Fraktionsvorstand stimmte dieser Auffassung zu.

Der Bauer als Hartgeldhamster. Ein französischer Gutsbesitzer aus einem Dorfe bei Bordeaux hat bei einer Filiale der Bank von Frankreich 56000 Francs in Gold und eine beträchtliche Summe Silbergeld eingewechselt. Die Bank hat ihm insgesamt 345000 Francs ausgezahlt, was bis jetzt den Rekord darstellt.

Der Abgesseckte

Wilhelm IV. an der Arbeit.

Schnelldienst

Der Magistrat von Stettin hat den Hohenzollernplatz in Stettin in Republikplatz umgetauft.

Das Reichsgericht hat gestern über die Revision im Volksopferprozeß beraten und die Revision des Hauptangeklagten Dr. Meißner verworfen, nachdem die übrigen Angeklagten sich mit dem Urteil des Landgerichts Dresden zufrieden gegeben haben.

Der Reichsminister des Innern Dr. Külz, begeht am 15. Oktober mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit.

Auch die belgische Nationalbank soll zum Ankauf von Gold- und Silbermünzen ermächtigt werden.

Unter Führung von Geheimrat Duisberg sind 10 deutsche Wirtschaftsführer zu den am Sonnabend beginnenden Besprechungen mit englischen Wirtschaftsführern in London eingetroffen.

Auch im polnischen Haushaltsplan für 1927 stellt das Heeresbudget 40 Prozent der Gesamtausgaben dar.

In Archangelsk und im mittelrussischen Gouvernement Kostroma ist der erste Schnee gefallen.

Der für Passagier- und Frachtbeförderung erbaute Reparationsdampfer „Bernardin de Saint Pierre" von 10 750 Bruttoregistertonnen, bestimmt für die Messageries Maritimes, ist nach sehr gut verlaufener Probefahrt in Bordeaux eingetroffen.

Das Problem des Ostpaktes

Von

Dr. Hans Wehberg

Als das Genfer Protokoll gescheitert war und Sir Austen Chamberlain in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 12. März 1925 erklärte, die beste Lösung der Sicherheitsfrage bestände darin, im Zusammenwirken mit dem Völkerbunde Sonderabkommen zustande zu bringen, schwebte ihm nicht lediglich der Abschluß eines Rheinpaktes vor, sondern er dachte ohne Zweifel u. a. auch an einen Pakt im Osten Europas. Die gleiche Ansicht wurde immer wieder geäußert, nachdem die Locarno-Verträge unter Dach und Fach gebracht worden waren. Merkwürdigerweise ist aber in den letzten Monaten von einem solchen Ostpakte nicht mehr die Rede. Ja, die neueste Mitteilung, die im Zusammenhang mit dieser Frage bekannt wurde, betrifft das Zustandekommen eines russisch-litauischen Freundschaftsvertrages, der bei den anderen Randstaaten sowie bei Polen große Beunruhigung hervorgerufen hat.

Dieser Vertrag, der seinem Inhalte nach eine große Aehnlichkeit mit dem Berliner Vertrage zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland vom 24. April 1926 und mit dem russisch-türkischen Vertrage vom 17. Dezember 1925 hat, ist außerordentlich bemerkenswert. Nachdem die Verhandlungen Rußlands mit den anderen Randstaaten bisher gescheitert waren, ist nunmehr eine neue Lage entstanden, und es fragt sich, ob durch Entgegenkommen sowohl Rußlands wie Polens, Estlands, Lettlands und Finnlands in absehbarer Zeit ein Locarno des Ostens möglich sein wird.

Die Schwierigkeiten erscheinen freilich vorläufig noch unüberwindlich. Das Mißtrauen Polens und der Randstaaten gegenüber Rußland ist beiderseitig ein schweres Hemmnis für erfolgreiche Verhandlungen. Dazu kommen eine Fülle bedeutsamer Konflikte über wichtige Grundprobleme.

Man denke zunächst an die Wilna-Frage. Bekanntlich hat sich der Völkerbund nicht stark genug erwiesen, diesen Streit in einer beide Teile einigermaßen befriedigenden Weise aus der Welt zu schaffen. Die Wilna-Frage ist bereits im Jahre 1918 aufgetaucht. Der Versuch, durch das Abkommen von Suwalki vom 7. September 1920 eine Grundlage friedlichen Zusammenlebens der beiden Staaten zu schaffen, mißlang infolge des Vorgehens des polnischen Generals Zeligowski, der durch einen Handstreich das strittige Gebiet von Wilna besetzte. Damals erklärte Litauen, daß es sich mit der polnischen Regierung im Kriegszustand befinde. Dieses für Mitglieder des Völkerbundes eigenartige Verhältnis ist bis heute fast unverändert geblieben, da Litauen vor Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen auf einer gerechten Lösung des Wilna-Streites bestand. Dadurch, daß sich Rußland nun erneut auf die Seite Litauens stellt und dessen Ansprüche auf Wilna unterstützt, wird gewiß Polen zunächst zur erneuten Betonung seines eigenen Standpunktes veranlaßt. Bei ruhiger Ueberlegung wird es sich vielleicht sagen, daß ohne ein polnisches Entgegenkommen in der Wilna-Frage ein dauernder Friede im Osten nicht zustande kommen kann.

Eine zweite Frage, die den Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen Rußland und den anderen Mächten des Ostens höchst schwierig gestaltet, besteht in der Weigerung Rußlands, die im Osten auftauchenden Streitfragen einem Schiedsgericht zu überweisen. Rußland stellt sich auf den immerhin verständlichen Standpunkt, daß es unparteiische Richter in einem Streite zwischen Sowjetrußland und den anderen Mächten nicht gibt, da Rußland das Völkerrecht nicht anerkenne und es zudem zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten kein neutrales Schiedsgericht gebe. Die Randstaaten haben in einer Note, die sie im April 1926 in Sachen eines Garantiepaktes Rußland überreicht haben, als Bedingung jedes Paktes die Forderung aufgestellt, daß sich Rußland verpflichte, alle Streitigkeiten, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet worden seien, einem Schiedsgericht zu überweisen. Diese Forderung hat Rußland als unannehmbar bezeichnet. Nun